

WICHTIG AUCH FÜR DIE STANDORTE IN NECKARSULM UND INGOLSTADT

VW-Mitbestimmung muss erhalten bleiben

Der Kampf um die Mitbestimmung bei VW und Audi geht weiter. Die **metallzeitung** sprach mit Norbert Rank, den Betriebsratsvorsitzenden von Audi in Neckarsulm, seinen Stellvertreter Rolf Klotz und Rudolf Luz, den Bevollmächtigten der IG Metall im Unterland.

metallzeitung: Der VW-Aufsichtsrat hat beschlossen, dass er jedem Geschäft zwischen Audi und Porsche zustimmen muss. Könnte dieser Beschluss wieder gekippt werden?

Norbert Rank: Da mache ich mir überhaupt keine Gedanken, der Beschluss ist gefasst, daran hat sich jeder zu halten.

Rolf Klotz: Die Entscheidungskompetenz von Audi muss erhalten bleiben.

Rudolf Luz: Sonst könnte Neckarsulm eines Tages eine Außenstelle der Porsche-Zentrale in Stuttgart werden.

metallzeitung: Warum ist eine weitgehende Mitbestimmung speziell für Audi in Neckarsulm so wichtig?

Rank: Unser Werk hat Überschneidungen mit Porsche wie kein anderer Volkswagen- oder Audi-Standort. Dies gilt besonders für unsere sportlichen Modelle und hier ganz speziell für die Fahrzeuge der quattro GmbH, allen voran der Sportwagen R8.

metallzeitung: Wie viele Arbeitsplätze hängen in Neckarsulm von der Fertigung des Sportwagens R8 und des Cayenne-Konkurrenten Q7 derzeit ab?

Rank: Beim R8 sind es über 400, beim Q7 nur wenige. Wichtig für die Beschäftigung in Neckarsulm sind aber auch künftige Modelle wie der A7.

metallzeitung: Manchmal wird der Eindruck erweckt, es handle sich hier um eine Auseinandersetzung der Porsche-Beschäftigten mit denen von VW und Audi.

IMPRESSUM

IG Metall Heilbronn-Neckarsulm, Salinenstraße 9, 74172 Neckarsulm, Telefon 0 71 32 - 93 81-0, Fax 0 71 32 - 93 81-30, E-Mail: neckarsulm@igmetall.de, Redaktion: Rudolf Luz (verantwortlich), Jürgen Ergenzinger

Luz: Die IG Metall hat sich die Aufgabe gestellt, die Interessen aller Beschäftigten in der Automobilindustrie gegenüber den Anteilseignern und ihren Vorständen zu vertreten. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen von Audi und Porsche genauso wie für die von Daimler, VW, Kolbenschmidt, Mahle oder Bosch. Tatsächlich gab und gibt es aber immer wieder Versuche, die Belegschaften und ihre Interessenvertreter gegeneinander auszuspielen. Dies gilt gerade für den aktuellen Streit. Da hätte ich mir mehr Gespräche im Vorfeld und eine bessere Abstimmung untereinander gewünscht.

Rank: Wir können nicht zulassen, dass die Rechte, die wir als Interessenvertreter bei VW und Audi seitdem hatten, vom Porsche-Vorstand oder von der Politik beschränkt werden. Ich bin mir sicher, dass auch die Porsche-Kollegen kein Interesse daran haben. Ministerpräsident Günther Oettinger hat in diesem Fall einseitig die Kapitalinteressen vertreten und die seines Freundes Wendelin Wiedeking. Aber Gesetze sollten nicht für Manager oder Milliardäre gemacht werden, sondern zum Wohle aller Bürger.

Klotz: Oettinger hatte uns schon vor mehreren Monaten ein Gespräch zugesagt. Der Termin kam

erst zustande, als die Landesregierung uns im Bundesrat bereits in den Rücken gefallen ist und einen Antrag gegen das VW-Gesetz eingebracht hat.

metallzeitung: Wird denn das neue VW-Gesetz künftig weiter Bestand haben?

Luz: Der Bundesrat hat trotz Oettinger zugestimmt. Jetzt müssen wir abwarten, wie die EU-Kommission reagiert.

metallzeitung: Warum ist das VW-Gesetz für euch so wichtig?

Rank: Wenn die qualifizierte Mehrheit bei der Hauptversammlung von 80 auf 75 Prozent gesenkt würde, könnte Porsche einen Beherrschungsvertrag mit VW abschließen. Dann könnte der Porsche-SE-Vorstand dem VW- oder Audi-Vorstand am Aufsichtsrat vorbei Weisungen erteilen.

Klotz: Wir haben in jüngster Zeit viel Schlimmes in der Wirtschaft erlebt. Ich erinnere an die Fälle Nokia und Siemens/BenQ. Wir würden doch geradezu fahrlässig



Protest in Wolfsburg: Delegationen von Audi aus Neckarsulm und Ingolstadt demonstrierten für das VW-Gesetz.

handeln, wenn wir Schutzrechte wie das VW-Gesetz kampflos aufgeben.

Luz: Im Gegenteil. Eigentlich sollten auch die Kolleginnen und Kollegen in anderen Unternehmen mehr Mitbestimmung bekommen.

Klotz: Außerdem möchte ich an die Geschichte erinnern. Die Nazis haben VW nicht zuletzt mit dem Geld unserer Vorfahren aufgebaut, mit dem Gewerkschaftsvermögen, das sie uns nach dem 1. Mai 1933 weggenommen haben. Nach dem Krieg gab es deshalb Überlegungen, ob die IG Metall diesen Besitz einklagen soll. Das Ergebnis war dann eine hohe Staatsbeteiligung und die besondere Mitbestimmung über das VW-Gesetz.

Tarifbindung und Standortvertrag gesichert

Heilbronner Chip-Produktion mit neuem Besitzer.

Die Produktion der Heilbronner Chipfabrik von Atmel hat einen neuen Besitzer. Die Sparte mit etwa 300 Beschäftigten – davon rund 20 Prozent Leiharbeitskräfte – gehört seit November der **Tejas Silicon Holding** aus Großbritannien, einem Tochterunternehmen der **New Silicon Inc** (NSI). »Das Unternehmen bleibt tarifgebunden und übernimmt den Standortsicherungsvertrag, der bis Ende 2010 die Beschäftigung sichert,« sagt der

Unterländer IG Metall-Bevollmächtigte **Rudolf Luz**.

»Die Nerven lagen in den vergangenen beiden Jahren immer mal wieder blank«, berichtet **Cvetka Ivanovic**, »denn Ende 2006 hatte Atmel angekündigt, das Werk in Heilbronn verkaufen zu wollen.« Jetzt, sagt die Betriebsräatin, sei zwar etwas Ruhe eingekehrt, denn Atmel werde mindestens drei Jahre lang Produkte aus der Heilbronner Chipfabrik abnehmen.

Doch bei Atmel weiß man nicht, wie es weiter geht. Denn es gibt wieder Gerüchte über eine feindliche Übernahme. Unter dem Dach von Atmel Automotive in Heilbronn ist künftig die Forschung und Entwicklung mit etwa 450 Beschäftigten angesiedelt. »Der Betriebsrat ist noch bis März für beide Unternehmen zuständig,« sagt Vorsitzender **Roman Greschbach**. »Dann gibt es Neuwahlen.«